

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: **Karl Schmidt** Dresden.  
Hauptredaktion: **Sammler** Nr. 25/241  
Kurs für Adressierte: 20011.

**Bezugs-Gebühr** in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zustellung, durch die Post bei täglich einmaliger Bestellung monatlich 0,50 M., vierteljährlich 1,50 M., halbjährlich 3,00 M., jährlich 6,00 M. (Postgebühren inbegriffen).  
**Anzeigen-Preise.** Die 10spaltige 27 mm breite Zeile 2 M., 10spaltige 25 mm breite Zeile 1,50 M., 10spaltige 23 mm breite Zeile 1,00 M., 10spaltige 21 mm breite Zeile 0,75 M., 10spaltige 19 mm breite Zeile 0,50 M. (Vorauszahlung).  
Zurückzahlung der Anzeigen bei Vorabzahlung. Einzelnummern 30 Pf.

**Druckerei und Buchdruckerei:**  
Marianstraße 38/40.  
Druck u. Verlag von **Liesch & Reichardt** in Dresden.  
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Abdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unsererlagte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Große  
**Möbel-Ausstellung**  
Altmarkt Roth & Co. Bergelshaus

**Kaffee-Kasino**  
Seestraße 7  
Stimmungskonzerte des Kapellm. Herrn E. Rost  
im Trianon: Der beliebte Zitherfranzosel

**Drucksachen für Handel und Gewerbe**  
Schnelle Lieferung :: Beste Ausführung  
**Buchdruckerei Liesch & Reichardt**  
Fernsprechnummer 25241 — — Marienstraße Str. 38/40

## Die Entrechtung der Reichsobererschlesier.

### Der Einspruch gegen das Abstimmungsreglement.

Berlin, 19. Jan. Die deutsche Regierung hat gegen die von der internationalen Kommission in Duppeln erlassenen Vorschriften für die Abstimmung in Oberschlesien bei der Volksabstimmung und bei den Regierungen in Paris, London und Rom einen eingehend begründeten Einspruch erhoben. In der Note wird zunächst darauf hingewiesen, daß die unter dem 30. Dezember 1920 erlassenen Vorschriften dem deutschen Bevollmächtigten in Duppeln erst am 4. Januar 1921 übergeben worden sind. Diese Vorschriften seien erlassen worden, ohne daß über ihren Inhalt mit dem deutschen Bevollmächtigten in Duppeln oder den in Oberschlesien vorhandenen Organisationen der Deutschland ausreichende Abstimmungsberatungen in Verbindung getreten worden wäre. Auch der vom internationalen Ausschuss genehmigte partielle Beitrag sei wider Erwartung bei der Aufstellung der Abstimmungsbedingungen nicht beteiligt worden, während nach zuverlässigen Meldungen

den Polen Gelegenheiten gegeben worden sei, ihre Wünsche zum Ausdruck zu bringen (!!).

Die Note hebt dann hervor, daß die Abstimmungsbedingungen einmal unmittelbare Verletzungen des Friedensvertrages enthalten, sodann Bestimmungen, die sich als unbillig, einseitig gegen den deutschen Teil der Stimmberechtigten gerichtet hätten darstellen, und endlich solche, die technisch unausführbar sind.

In Anlagen wird eine Zusammenstellung der deutschen Forderungen zu den einzelnen Artikeln der Abstimmungsbedingungen nebst einer Denkschrift überreicht, in der die wesentlichen Punkte der Abstimmungsbedingungen zu erhebenden Mängel dargelegt werden.

### Verletzungen des Friedensvertrages

zum Nachteil der deutschen Interessen erlidi die deutsche Regierung darin, daß die kleinen Ostbezirke nicht als selbständige Wahlbezirke anerkannt werden, und daß den Gemeinden Gatzsch, Dörschütz und Sandau im Kreis Ratibor die Abstimmungsbeziehung verweigert wird. Eine weitere Verletzung des Vertrages würde es bedeuten, wenn ohne Zustimmung der beteiligten

Mächte verschiedene Wahlbezirke geschaffen werden sollten, da hierdurch die nach dem Friedensvertrage zu fordernde Einheitslichkeit des Wahlergebnisses beeinträchtigt werden würde. Den Grundgedanken der Billigkeit und dem Geiste des Friedensvertrages widerspricht 1. die Vorschrift, wonach diejenigen Personen dann stimmberechtigt sein sollen, wenn sie mindestens seit 1. Januar 1904 im Abstimmungsgebiete ununterbrochen wohnen. Diese Bestimmung begünstigt offensichtlich die Polen und benachteiligt viele schlesische Deutsche. 2. Die Vorschriften über die Eintragung in die Stimmlisten, die Voraussetzungen, die hier an die Eintragung in Oberschlesien geborener, aber außerhalb wohnender Stimmberechtigter und der in Oberschlesien wohnenden, aber außerhalb geborenen Stimmberechtigten geknüpft werden, und die einen Teil der Stimmberechtigten von der Abstimmung ausschließen. 3. Die für die verschiedenen Vorbereitungsarbeiten zur Volksabstimmung vorgeschriebenen Fristen, die völlig unzureichend sind. 4. Die Vorschrift, daß alle Beamten von jeder Mitwirkung in den zu bildenden Abstimmungsbehörden ausgeschlossen werden. Sie ist ausschließlich gegen die deutschen Interessen gerichtet. 5. Die Strafbestimmungen.

Die Note schließt: Die deutsche Regierung kann die Vorschriften für die Abstimmung als Grundlage für die Volksabstimmung in Oberschlesien im Sinne des Friedensvertrages nicht anerkennen. Sie bittet, darauf hinzuwirken, daß sie einer Revision unterzogen werden. (W. T. B.)

### Drohungen Korfants.

Berlin, 19. Jan. Der polnische Plebiszitkommissar Korfants droht in der „Oberschlesischen Grenzzeitung“, nach der Abstimmung die deutschen Propagandisten rückwärtslos zur Verantwortung zu ziehen, und erklärt: Wir haben Geduld und können warten. Einweilen lasse ich genaue Listen aller dieser deutschen Grenzräuber anlegen und die Zeugenaussagen sammeln. Die Vergehen (!) verfahren ja nicht, und nach der Abstimmung werden die Schuldigen der verdienten Strafe anheim fallen. (DN.)

Korfants mag sich beruhigen. Nach der Abstimmung wird Korfants in Oberschlesien nichts mehr zu sagen haben.

### Es fehlt an Gesetzen...

Bei der Beratung des Etats des Reichsarbeitsministeriums im Hauptausschuß hat der Arbeitsminister Dr. Brauns eine große Reihe von Gesetzen angekündigt, die alle in der nächsten Zeit erliegen werden sollen. Ein Entwurf über die Vertretung der Betriebsräte im Aufsichtsrat ist bereits fertiggestellt, ein Gesetz über die Vertretung der Betriebsräte wird im Reichsjustizministerium eine neue Arbeitsordnung wird im Reichsarbeitsministerium ausgearbeitet, außerdem „auf dem Gebiete des Arbeiterrechtes die verschiedenen Gesetzentwürfe“, als da sind Gewerbeaufsichtsgesetz, Arbeitsnachweisesetz, neue Bestimmungen über die Erwerbslosenfürsorge (im Sinne eines Ueberganges zur Arbeitslosenversicherung) und endlich ein einheitliches Arbeitsrecht. Früher schon wurde angekündigt die Reform des Schlichtungswesens. Es ist gewiß alles schön und gut, was hier im großen Topfe des Reichsarbeitsministeriums an neuen Gesetzen ausgekocht wird. Auch notwendig sind sie, das soll nicht bestritten werden. Der Reichskanzler hat sie einst in seinem Programm angekündigt, sie müssen also kommen. Der normale Staatsbetrieb, zu dessen Wohl ja doch die Gesetzgebungsanstalten laufen soll, kann sich aber eines leichten Schauders nicht erwehren, wenn ihm ein solches Programm vorgelesen wird. Was sind in den letzten Jahren nicht für Gesetze gemacht worden! Das Reichsgesetzblatt ist zu einem ungeheuerlichen Umfang angeschwollen, kaum ein „gelehrter“ Jurist findet sich mehr darin zurecht. Wohin soll es führen, wenn die Natur der neuen Gesetze noch nicht aufhört und jedes Ministerium von dem Chocia besessen ist, in jedem Kommissariat des Reichstaats mindestens ein rundes Dutzend neuer Entwürfe vorzuliegen, wobei all die Einführungsbestimmungen und Verordnungen nicht mitgerechnet sind? Es führt zu einer allgemeinen Rechtsunsicherheit, zu einer verhängnisvollen Belastung des Verwaltungsapparats, zu einem Anschwellen des Beamtenbestandes und letzten Endes zu einer Demmung der produktiven Arbeit, zur Aufschüttung des schwebenden Menschenvertrages und dem Triumph des Paragrafen und toten Buchstabens.

Das sind die Früchte, die am Baume des deutschen Parlamentarismus gewachsen sind. Dabei ist zu bedenken, daß neben dem Reichstag noch eine Anzahl von einzelstaatlichen Parlamenten arbeiten, die sämtlich das lebhafteste Streben haben, auch ihrerseits durch rasche Gesetzgebung ihre Daseinsberechtigung zu erweisen. Es liegt in der Natur unserer staatlichen Organisation, in dem heute lebendiger als je zutage tretenden Stammesgefühl und Stammesbewußtsein, daß diese Gesetze häufig im Widerspruch zu denen im Reich stehen und sich so Konflikte ergeben, die man wiederum im Wege der Gesetzgebung aus der Welt zu schaffen sucht. Man denke nur an die Gesetze der Beamtenbesoldung, Ordnung und des Sperrgesetzes. Auf diese Weise wird nicht nur die Regierung, sondern auch die Volksvertretung ihren elementarsten Aufgaben völlig entfremdet. Wie haben wiederholt schon auf die Tatsache hingewiesen, daß noch immer der Etat für das Jahr 1920 nicht verabschiedet ist. Wenn nun die Regierung, die Gesetzgebung mit der Beibringung immer neuer Gesetze zu veranlassen, beschaffen wird, dann kann man von Mäusen reden, wenn in der jetzigen Legislaturperiode überhaupt ein Haushaltsplan verabschiedet wird. Was ist die Folge heute schon? Daß das Staatsrecht des Reichs ohne Gegenstandes wird, daß die gesamte Finanzverwaltung der Bürokratie überlassen bleibt. Wenn man sich erinnert, mit welcher Erbitterung die Väter der Verfassung des heutigen parlamentarischen Systems in der Konfliktzeit der sechziger Jahre einen Bismarck bekämpft haben, weil er in kritischen Zeiten das Staatsrecht des preussischen Königs nicht beachtet hat, und dem gegenüberhält, daß heute die Volksvertretung dieses wichtige Recht selbst preisgibt, dann fällt es wahrlich schwer, dem Parlamentarismus gegenüber eine kühnere Haltung aufzubringen. Es wird zu viel reiniert in Deutschland. Es wird heute viel mehr reiniert und viel autoritärer, als unter dem „Ruchselbenden“ alten System, wo der Reichstag tatsächlich noch eine Kontroll-Funktion gewesen ist. Denn ist er zu einem Reaktionsorgan geworden, was dazu zu einem, das in der Mehrzahl der Fälle nicht entscheidet noch sachlichen Gesichtspunkten, sondern nach den unklaren augenblicklichen Wünschen der Masse. Es ist nicht zu viel gesagt, wenn wir behaupten, daß mindestens die Hälfte der vom Reichsarbeitsminister neu angekündigten Entwürfe überflüssig und unnötig wäre, wenn wir eine Verwaltungsreform hätten.

Aber wie sollen die Verwaltungsorgane instande sein, sich in den Weis der Gesetze einzufinden, wenn sie jeden Tag neue Vorschriften bekommen, wenn bei jeder Gelegenheit neue Verordnungen erlassen werden, durch die die bisherige Regelung durchbrochen wird? Weil aber die Verwaltung nicht nach Wunsch funktioniert, werden Gesetze gemacht. Es ist ein wahnsinniger circulus vitiosus, in dem sich bei uns alles dreht und so lange dreht, als die Parteilichkeit im Vordergrund steht und sachliche Arbeit nicht geachtet wird. Aus diesem System müssen wir aber heraus. Es ist die höchste Zeit dazu. Man soll sich an den Erfahrungen, die mit Erbergers Finanzgesetzen gemacht worden sind, genau sein lassen, soll das Wenige, was uns noch geblieben ist, vernünftig verwalten und sich wieder an die alte Wahrheit erinnern, daß eine gute Regierung mög-

### Der „Temp“ über die deutsche Antwort zur Entschädigung.

Paris, 19. Jan. Der „Temp“ meldet: Staatssekretär Bergmann habe nach Paris die Antwort der deutschen Regierung auf den französischen Vorschlag, fünf Jahre hindurch Sachleistungen im Werte von 3 Milliarden Goldmark jährlich zu machen, die auf das Reparationskonto gutzuschreiben seien, mitgebracht. Deutschland sei bereit, auf der französischen Basis zu verhandeln, wolle sich aber nicht verpflichten, 3 Milliarden Goldmark zu zahlen, jedoch schlage es offiziell keine andere Summe vor. Die deutsche Regierung gebe zu erkennen, daß sie ein anderes Verfahren vorschlagen würde, nämlich die Gesamtschuld zu senken. Der „Temp“ hat, durch die deutsche Antwort sei eine neue Lage geschaffen. Die Alliierten müßten beraten. Zwei Gesichtspunkte müßten im Auge behalten werden: die Verringerung der deutschen Schuld und die Beteiligung an dem aufstrebenden Aufschwunge Deutschlands. Der „Temp“ empfiehlt als Grundlage der Beratungen der Alliierten den englischen Vorschlag von Duffe. Anmerkung des W. T. B.: An deutscher ausländischer Stelle wird die Nachricht des „Temp“ in dieser Form nicht für richtig gehalten.

### Die deutsch-belgischen Verhandlungen.

Berlin, 19. Jan. Die zu Verhandlungen über die Rücknahme der belgischen Marktbeschränkungen in Brüssel eingetroffene deutsche Delegation hat mehrere Unterredungen mit den belgischen Ministern gehabt. Es hat ein Meinungsaustrausch stattgefunden, der es nötig machte, daß die deutschen Delegierten nach Berlin zurückkehrten, um neue Weisungen einzubolen. Die Verhandlungen werden demnächst wieder aufgenommen werden. (W. T. B.)

### Graf Sforza über die italienische Politik.

Kopenhagen, 19. Jan. Ein Korrespondent von „Posten“ hatte in Rom ein Gespräch mit dem Grafen Sforza. Nach dem Bericht des dänischen Blattes sagte der italienische Minister auf die Frage nach der Entwaffnung der deutschen Einwohnerwehren: Unter grundlegendem Gesichtspunkt ist der, daß man es Deutschland möglich machen müsse, die Verpflichtungen zu erfüllen, wie es sie mit dem Versailler Vertrage übernommen hat. Man muß das Land in den Stand setzen, die notwendigen Entschädigungen zu bezahlen, aber auch die Sicherheit im Innern mit genügenden Truppenmengen aufrecht zu erhalten. Ueber die kleine Entente sagte Graf Sforza: Wir haben mit der Tscheco-Slowakei das gemeinsame Interesse, daß Österreich-Ungarn nicht wieder als Kaiserreich entstehe. Schließlich sprach sich Graf Sforza für eine Revision des Vertrages von Sevres mit Bewahrung der Selbstverwaltung für Smarna aus.

### Der neue ungarische Minister des Aeußeren.

Budapest, 19. Jan. Gustav Graf, früher ungarischer Gesandter in Wien, ist zum Minister des Aeußeren ernannt worden. (W. T. B.)

### Ein neues antibolschewistisches Meer.

Berlin, 19. Jan. Während der Waffenstillstandsverhandlungen zwischen Sowjetrußland und Polen wurde beiderseitig eine neutrale Zone geschaffen, die keine der beiden Parteien betreten durfte. Jetzt hat sich in diesem Gebietsabschnitt unter dem Oberbefehl des Generals Belagowitsch ein neues antibolschewistisches Kampfsentrum gebildet, das den Namen „Grüne Erde“ führt und zum Eintritt in die vereinigte Armee zur Befreiung und Unabhängigkeit Rußlands aufruft. Den Stamm dieser Armee bilden die 6000 Soldaten des von den Polen unterführten Generals Belagowitsch, verstärkt durch kleinere bisher selbständig operierende Truppen und Ueberläufer der Bolschewisten. Die Panern unterstützen die „Grünen“ mit Lebensmitteln und gewähren ihnen Quartier. Bei einem Zusammenstoß der Roten und Grünen, der dieser Tage in den Wäldern bei Worissow-erfolgte, ging die Mehrzahl der Rotgardisten zu den Grünen über. Gegenwärtig befindet sich die ganze Linie Stuhl-Winif-Worissow in den Händen der Grünen. Ueber Winif ist der Belagerungsstand verhängt.

### Abberufung Wigdor Kopp.

Berlin, 19. Jan. Der in Berlin tätige russische Kommissar für den Gefangenenaustrausch Wigdor Kopp ist von der Sowjetregierung abberufen und aufgefordert worden, umgehend nach Rußland zurückzukehren.

### Blutige Kämpfe in Dublin und Cork.

London, 19. Jan. Englische Truppen haben einen großen Teil der Stadt Dublin besetzt. In dem besetzten Viertel wurden alle Häuser durchsucht. Die Einwohner der oberen Stockwerke erhielten 20 Minuten Zeit, um ihre Wohnungen zu verlassen. An den Fenstern wurden sofort Maschinengewehre untergebracht, die das ganze Stadtviertel beherrschten. Auch die Stadt Cork wurde von verstärkten Militärabteilungen besetzt. Darauf haben sich in der Nacht schwere Straßenkämpfe abgepielt. Es wurde aus den Fenstern auf die Truppen geschossen, die das Feuer mit Maschinengewehren erwiderten. Zahlreiche Soldaten und Zivilisten wurden verwundet.

### Die begehrten chemischen Fabriksgeheimnisse.

Genä, 19. Jan. Die Gefahr, daß der Oberste Rat bald die Auslieferung der deutschen chemischen Fabriksgeheimnisse verlangen wird, nimmt greifbare Formen an. In London setzt sich Ebdurhill eifrig für diesen Gedanken ein. Die nächste Sitzung des Obersten Rates soll darüber entscheiden.

### Verhaftung von Orgeschführern.

Berlin, 19. Jan. Wegen unerlaubter Verbandsbildung militärischer Art (?) wurden im Waldenburger Ackerfeld folgende Orgeschführer verhaftet: Bezirksleiter ehemaliger Hauptmann Westlicenus, ehemaliger Stabschef, Direktor Vertrom und Justizobersekretär Arbeiter und Oberingenieur Grohmann.



Es ist, auch wenn die Gelege mangelhaft sind, doch aber nirgend in der Welt durch viele Gelege eine solche Regierung verbessert werden konnte. Nicht auf das Papier, nicht auf Paragraphen und Bestimmungen kommt es, sondern auf die Menschen. Man höre also auf, sie in ein unheilvolles System zu spannen, sie nach Doktrinen modell zu wollen, sondern lasse ihnen Freiheit. Ein man es nicht, führt man vielmehr fort, jegliche Lebensänderung durch Paragraphen regulieren zu wollen, dann werden Gesetze abererzungen unmöglich zu einer allseitigen und fast selbstverständlichen Entscheidung. Die vergewaltigte Natur hilft sich selber, denn austreiben läßt sie sich ja nicht. Die Ueberfülle der Gelege führt zur Gefährlichkeit. So war es noch immer in der Geschichte. Eine Ordnung ist nötig, aber auch Freiheit und ein gewisses Selbstbestimmungsrecht des einzelnen. Es läßt sich nur auf kurze Zeit durch Notstandsmaßnahmen erzwingen. Die freiheitsmüden Verfügungen werden dadurch nicht besser, daß sie von einer gewählten Körperschaft beschlossen worden sind. Es gibt nicht nur eine Autokratie der Könige und Fürsten, sondern auch eine solche der Parlamente. Dafür hat ja die Verhandlung des Hauptauschusses selbst einen Beweis geliefert. Die Angehörigen der nationalen Gewerkschaften werden noch immer als reaktionär behandelt, sie werden dem Terror der Radikalen überlassen, und die Regierung, die nur Gelege macht, nicht aber regiert, steht zu.

Damit sollen die Entwürfe des Reichsarbeitsministers keineswegs in Vordruck und Vagen verdammt sein. Es wäre durchaus zu wünschen, daß ein einheitliches Arbeiterrecht zustande käme; ob aber alles nötig und dringlich ist, was damit verknüpft werden soll, diese Frage möchten wir doch allen, denen an einer Befestigung der staatlichen Ordnung und einer Erhaltung der persönlichen Freiheit gelegen ist, erlauben zur Ermüdung unterbreiten. Bedingt dem Agitationsbedürfnis gewisser Parteien mußte Gelege zu machen, das in ein Vakuum, den wir uns heute weniger als je erlauben können. Das führt zu einer Vernachlässigung wichtiger Staatsaufgaben, wie wir es jetzt bei der immer wieder verzögerten Verabschiedung des Etats, bei der nachgerade zum Entzweigen erhobenen Finanzangelegenheiten bemerken müssen. Dieser Zustand birgt in unserer heutigen Lage auch Gefahren arbeitspolitischer Art in sich. Pouchet, der bisherige Präsident des Entschlüssen-Ausschusses und jetzige französische Minister für die befreiten Gebiete, hat im "Journal" einen famosen Plan entworfen über die Art, wie Frankreich sich an Deutschland zu bereichern gedenkt, indem es unter Umständen sogar die Rolle des Konsumverwalters in Deutschland übernehmen will. Das ist gewiß leichter gesagt, als getan. Gerade weil die Reichsregierung aber mit solchen Plänen der Feinde doch zu rechnen hat, gerade weil sie die unabwendbare Pflicht hat, sich ihnen mit äußerster Entschlossenheit entgegenzustellen, um das deutsche Volk vor der beschämlichen Verfallung zu bewahren, sollte sie alles an eine Reform der inneren Verwaltung setzen. Nur dann ist es möglich, auch die industrielle Produktion, auf deren Vornahme die Feinde beharren, zu heben. Es ist traurig und kennzeichnend das jämmerliche unserer heutigen Lage, wenn wir solchen Gränden die Regierung an ihre wahren Aufgaben erinnern werden müssen. Seit der Revolution ist sich aber dieses wahrnehmbare System bei uns aus. Die Gefahr, daß die Feinde daraus die Berechtigung zu völliger Unterdrückung herleiten werden, darf nicht mehr übersehen werden. Wir können in der inneren Politik nicht mehr so weitlaufen, als es nur darauf ankommt, die Sozialdemokratie bei guter Laune zu halten, selbst um den Preis eines sacrificio dell'Intelletto — eines Opfers der besseren Einsicht. Unsere heutige innere Politik ist in ihren letzten Wirkungen arbeitspolitisch. Das muß jedem klar werden, der Pouchets Pläne mit einiger Ueberlegung liest. Richter wir uns nicht selber auf, dann werden das die Franzosen tun. Pouchet hat das ja und heraus gesagt. Er aber würde aufbauen auf den Trümmern von Millionen Ertrinken, die heute noch sich gründen auf die deutsche Industrie, auf die Erzeugung und die Ausfuhr hochwertiger Waren. Ihr will der Feind ans Leben, um einen lästigen Konkurrenzlosen los zu werden und desto leichter die Möglichkeit zu haben, das deutsche Volk all seiner natürlichen Bedürfnisse zu berauben. Es wäre wahrlich an der Zeit, daß man das auch in Berlin einsehe und handele, wie es die Not der Zeit gebietet, daß es in uns keine lange Zeit mehr gegeben.

### Der Reichspräsident an die Studenten.

Berlin, 16. Jan. Auf eine Rundgebung am 18. Januar hat der Reichspräsident an die deutschen Studenten eine Schrift mit einem Schreiben geantwortet, in dem die Hoffnung ausgedrückt wird, daß der Wille der akademischen Jugend Deutschlands, gemeinsam mit allen Volksgenossen in gegenseitiger Achtung am Wiederaufbau des Reiches mitzuwirken und über alle Gegensätze und Unterschiede der Auffassung hinweg in einigender Arbeit dem Vaterlande zu dienen, auf allen deutschen Hochschulen Widerhall finden und zur Tat werden möge. Dann werde das Beispiel der deutschen Studentenschaft zu innerem Frieden und einem starken Gemeinschaftsbewußtsein des ganzen Volkes wirksam beitragen und eine Bürgschaft werden für den Wiederaufstieg unseres schwergeprüften Vaterlandes. (B. Z. 8.)

### Deutsch-böhmische Gröhe.

Berlin, 19. Jan. Der Reichspräsident hat an den Deutsch-parlamentarischen Verband in Prag folgendes Antworttelegramm gerichtet: Für die am Tage des Wahltages Behauptung des Deutschen Reiches mit überwindlichen Gröhe danke ich herzlich. Ich freue mich, zu sehen, daß an diesem Tage unsere Stammesbrüder jenseits der Grenze sich mit uns fühlen in der Hoffnung auf eine bessere Zukunft unseres Volkes. Der Gedanke, daß das innere Band gemeinsamer Abstammung und geistiger Anschauungen alle Deutschen, gleichgültig, welchem Staate sie als Bürger dienen, fest umschließt und sie teilnehmen läßt an den Geschicken Deutschlands, hilft uns, die schwere Not der Gegenwart zu tragen. Seien Sie versichert, daß Ihre Gröhe und Gefühle treuen und innigen Verbundenheits überall im deutschen Volke freudigen Widerhall finden.

### Der österreichische Finanzminister über die verzweifelte Lage.

Wien, 19. Jan. Im Finanzausschuss erklärte Finanzminister Dr. Grimm während der Besprechung des Budgets, daß Österreichs Lage unheilbar sei. Was die Staatwirtschaft so sehr bedrücke, sei der Friedensvertrag, der einen Staat in die Welt gesetzt hat, der sich selbst nicht erhalten könne und der größten Schwermut und Hilflosigkeit bedürftig sei, um überhaupt existieren zu können. Was Österreich brauche, sei ein außerordentlich langfristiger Kredit. Die Entente müge sich vor Augen halten, daß es der letzte Moment sei, zu helfen. Sie müße ebenso wie Österreich sich bemühen, daß, wenn die Kredithilfe nicht eintreffe, nur zwei Wege übrig blieben: entweder der automatische Anschluß an das große Wirtschaftsgebiet Deutschlands, oder der Zerfall Österreichs mit all den furchterlichen Folgen, die sich bei der Selbsthilfe eines verzweifeltsten Volkes ergeben und sich nicht nur auf Österreich, sondern auf ganz Mitteleuropa erstrecken würden.

### Der Verband und Österreich.

Wien, 19. Jan. Die "Politische Korrespondenz" von antirassistischer Seite erzählt, wie die französische Regierung, die von der unbedingten Notwendigkeit einer Kreditgewährung an Österreich durchdrungen überzeugt ist, beim Parlamentarischen Obersten Rat am 24. Januar folgende Beschlüsse über die Sicherung der Lebensfähigkeit Österreichs und über die Kreditgewährung verabschiedet. (B. Z. 8.)

## Wiederbeginn der Reichstagsverhandlungen.

(Drahtmeldung aus Berlin, 18. Januar.)

Berlin, 18. Jan. Präsident Ebert ermahnt nach Begrüßungsworten an die Reichsgründung vor 50 Jahren, als die deutschen Stämme ihre nationale Einheit begründeten und damit die jahrhundertlange Schmach der vorwiegend geistlichen Herrschaft unter dem Banner der nationalpolitischen Bewegung beendet, wenn auch in ganz anderer Form, ihr teilweise Erfüllung fand. Die Lage des Deutschen Reiches ist nicht dazu, diese Ereignisse mit lauten Worten zu gedenken, aber in Ernst und Heiligkeit richten wir uns auf, um auch in trüber Zeit das Gewonnene mit der Einheit fest zu bewahren (Beifall) und dem Tage entgegenzuarbeiten, an dem niemand es mehr unternimmt, die Ehrenbürger unserer Väter im Kranze der Völker zu betreten, indem wir Gleichberechtigung wieder errungen haben, durch Werke des Friedens, Gaben des Geistes und die aufbauende Arbeit unserer Nation. Wir setzen auch mit Zuversicht dem Tage entgegen, da die gegen ihren Willen

von uns getrennten deutschen Volkssteine ihre Selbstbestimmung wieder erlangen und an dem keine fremde Gewalt mehr die Deutschen des ehemaligen Österreich hindert, den Weg zu beschreiten, den sie frei gewählt haben. Erst dann wird die volle Einheit erreicht sein. Der Präsident gedenkt weiter des Ablebens des Abgeordneten Pöhlen (Soz.) und führt dann fort: Während der Arbeitspause des Reichstages ist der frühere Reichsanwalt von Bethmann-Hollweg verstorben, der seine Arbeitskraft in trüber Zeit dem Hause gewidmet hat. Der Reichstag hat an seinem Grabe einen Kranz niederlegen lassen. Ich konstatiere, daß sich das Haus zu Ehren des Verstorbenen erhoben hat. (Die Kommunisten sind abwesend.)

Vor Eintritt in die Tagesordnung verliest der Abgeordnete Dr. Reuß (Komm.) einen Protest seiner Fraktion gegen die Feier der Reichsgründung, der aus dem Hause mit Pfui-Rufen beantwortet wird. — Abg. Volkmann (Unabh.) begründet einen Antrag betreffend Aufhebung der Beschlüsse der Reichsregierung auf Grund des Artikels 48 Absatz 1 für Bayern getroffenen Maßnahmen. Mit dieser Beschlüssen könne jeder Feind rosten. Mit dieser Beschlüssen die bayerische Regierung den Vorschlag ab.

Staatsminister des Innern Dr. Koch: Die Reichsregierung ist zur Nachprüfung der Notwendigkeit des Ausnahmezustandes mit der bayerischen Regierung in Verbindung getreten. Im allgemeinen hält es die Reichsregierung nicht für angebracht, in die politischen Angelegenheiten der Länder einzugreifen. (Beifall hört!) Bei dem geringen Bestande der Reichsregierung ist die Reichsregierung nicht in der Lage, anders als in ganz außerordentlichen Fällen einer Landesregierung bei der Bekämpfung von Unruhen beschlisslich zu sein. Sie muß deshalb in erster Linie

den Landesregierungen auf politischem Gebiet die Verantwortung überlassen.

Für Bayern insbesondere kommt hinzu, daß der Ausnahmezustand beantragt worden ist, nachdem die Bevölkerung die schweren Rufe der Kommunisten durchdrungen hatte. Die Lage ist zurzeit dadurch erschwert, daß Bayern vor der Reichsversammlung auf Grund von Forderungen der Entente auf Entlassung eine Umstellung seiner Schuldenmaßnahmen in Aussicht nehmen zu müssen, was mit einer erneuten Bekämpfung der öffentlichen Sicherheit verbunden sein könnte. (Zuruf von den Unabhängigen: Koch ruwert, nicht Sie! Zurufe des Abg. Kemme (Unabh.) Wende des Präsidenten: Sie haben zu unparlamentarische Sprache zu unterlassen! Widerspruch des Abg. Kemme. Präsident Ebert: Sie haben zu schweigen, wenn der Präsident spricht! Nach Erörterung der Reichsregierung auf die Dauer bei fortwährender Beunruhigung der Bevölkerung die Aufrechterhaltung der weisenden Bestimmungen des Ausnahmezustandes in Bayern für den Reichstag zu lassen, hat die bayerische Regierung der Reichsregierung angefragt, von einem Beschluß auf Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern abstehe die Reichsregierung zurück zuweichen.

Bayr. Staatssekretär Schreyer: Orgele, Einwohnerwehren und alle diese Dinge haben mit dem Ausnahmezustande nichts zu tun. Die Grundidee des derzeitigen Ausnahmezustandes in Bayern ist Artikel 48 der Reichsverfassung und die auf Grund der Reichsverfassung erlassene Verordnung vom 1. November 1918. (Zuruf links: Es besteht ja gar keine Reichsverfassung in Bayern.)

Der Ausnahmezustand ist nicht von Ministerium Koch, sondern von dem sozialistischen Ministerium Hoffmann

worden. Diesen Gesetzentwurf hat die bayerische Landesversammlung mit Ausnahme der äußersten Linken genehmigt.

Seine Notwendigkeit kann nicht angezweifelt werden. Die Aufhebung der Verordnung ist noch nicht möglich gewesen, weil es noch immer Elemente gibt, die unter Ausnutzung von Gewalt den Unruhen erkranken. (Zuruf links.) Der Reichspräsident hat die bayerische Regierung ermahnt, die Waffen abzugeben. Im Gegenseite, es steht fest, daß es betrüblich ist, immer neue Waffen-Krisen anzulegen. (Zuruf links.) Präsident Ebert: — Präsident Ebert erteilt dem Abgeordneten Volkmann wegen eines unparlamentarischen Zwischenrufes einen Ordnungsruf. Nicht die bayerische Regierung trage die Schuld an dem Ausnahmezustand, sondern die Unruhen, die unter Ausnutzung des Ausnahmezustandes in Bayern entstanden sind. (Zuruf links.)

Abg. Vogel (Soz.): Wir können dem Antrage zu Der Ausnahmezustand ist ein willkommener Werkzeug der Reaktion, ein weltanschaulicher Spiegelschiff, und zahlreiche Nicht-Großdeutschen Informieren die bayerische Regierung falsch. Die Umruhen in Bayern ist recht zu suchen. München ist heute das Ziel aller unzufriedenen Revolutionspolitiker. Die bayerische Einwohnerwehr ist so stark, daß sie jeder Regierung ihren Willen aufzwingen könnte. — Abg. Emminger (Bayr. Sp.): In Bayern empfinden nur ganz verschwindend kleine Kreise das Verbrechen des Ausnahmezustandes. Unter der Regierung hat ein viel unerträglicherer Ausnahmezustand bestanden.

Abg. Dr. Straßmann wendet sich ebenfalls gegen den Antrag der Unabhängigen. Die Verordnung habe sich bei Unruhen abzuheben. Welche Rückwirkung würde die Aufhebung überhaupt auf Bayern haben! (Zuruf links: Das ist Ihre Reichstreue!) Berlin ist verrufen als die internationale Schieberzentrale, als die cloaca maxima der Selbstverderber, als der zentralistische Sammelort aller Volkshörner. (Beifall links.)

Die Gefahr des Reiches ist in Berlin. Die Reichsregierung der bayerischen Regierung ist über jeden Zweifel erhaben. Die Preisgabe der Lebensbedingungen des eigenen Volkes würde allerdings die Grenze bedeuten, die nicht überschritten werden darf. Nehmen Sie zurück zum berechtigten Föderalismus früherer Zeiten, sorgen Sie dafür, daß Reich und Preußen auf dem Wege der Stärkung der Staatsautorität gehen, dann dienen Sie am besten der Reichseinheit. (Beifall rechts.)

Minister des Innern Dr. Koch: Dr. Straßmann hat den Grundgedanken aufgestellt, daß der bayerische Landtag bei Anordnungen der Reichsregierung nur insofern zu folgen brauche, als diese Anordnungen nicht lebenswichtigen Interessen Bayerns zumiderlaufen. Das ist eine glatte Anreizung zum Verfassungsbruch. (Widerbruch rechts.) Demgegenüber muß ich den Standpunkt annehmen, daß auch beim föderalistischen Charakter des Reiches die letzte Entscheidung bei der Reichsregierung liegt. Die Reichsregierung vertritt den Standpunkt, den Bayern in allen Fragen mögliche Freiheit zu lassen, und hauptsächlich nicht, die Polizeigewalt auf sich zu nehmen. (Zuruf des Abg. Köhnen, Unabh.: Sie haben sie ja in Bremen übernommen!) Das ist ein Irrtum; es ist auch in Bremen dasselbe angeordnet worden, was ich bereits für Bayern hinsichtlich der kommenden Verhandlungen angeklagt habe. Im übrigen haben Sie für Bremen das Eingreifen abgelehnt, für Bayern fordern Sie es aber merkwürdigerweise! Eine zentralistische Einwirkung auf die Länder lehne ich nach wie vor ab. Bänkelswert dagegen ist ein einheitliches Vorgehen der Länder in wichtigen Fragen, wie es z. B. in der Orgele-Frage veranlaßt wurde. Nur zur Aufrechterhaltung der Reichseinheit wird die Reichsregierung eingreifen. (Beifall.)

Abg. Marek (D. Sp.): Der Ausnahmezustand in Bayern ist geradezu ein Sowjetland. Die Kommunisten und auch die Unabhängigen haben kein Recht, gegen den Ausnahmezustand in Bayern zu protestieren. Sie wollen ja selbst die Diktatur des Proletariats. — Abg. Wieland (Dem.) erklärt, daß seine Freunde mit der Stellung der Reichsregierung einverstanden sind. Ein überflüssiger Appell des Grafen wäre bedenklich für die Sicherheit in Bayern. Andererseits sei eine längere Aufrechterhaltung der Verordnung unerwünscht.

Darunter wird die Beratung abgebrochen. Mehrere Ausschüsse werden ohne Aussprache genehmigt. Eingegangen in ein Schreiben, wonach festgestellt wird, daß in einem Schreiben gegen den Abgeordneten von der Reichsregierung wegen Steuerhinterziehung keinerlei Veranlassung vorliegt. — Morgen 1 Uhr Interpellation über die Beziehungen zu Russland. — Schluß 7,15 Uhr.

### Die sozialistische Regierung in Mecklenburg.

Schwerin, 19. Jan. Nachdem am Freitag das Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Stellina, früher Minister des Innern, zum Ministerpräsidenten gewählt war, erfolgte heute die Wahl der übrigen vier Staatsminister. Vor der Wahl erklärten die Mitglieder der Demokratischen Partei, daß sie sich der Bildung eines Ministeriums der Mitte nicht gelungen sei. Es wurden mit 31 Stimmen gewählt die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Kriegsgerichtsrat Rittmeyer aus Kiel, Lehrer Paulsen aus Rostock, Bürgermeister Peterson aus Goldberg in Mecklenburg und der Angehörige bei der Landesbehörde in Schwerin Ewers. Die 21 Mitglieder der Deutschen Volkspartei und der Deutschen Nationalen Volkspartei gaben ihre Stimmen für das bisherige Ministerium ab.

### Arbeiter gegen Kommunisten.

(Drahtmeldung aus Berlin, 18. Januar.) Berlin, 19. Jan. Der Deutsche Metallarbeiterverband, eine der stärksten deutschen Gewerkschaften, befindet sich augenblicklich in einer Krise, die durch die Sozialtätigkeit der U. S. V. in Halle und damit verbunden durch das Verhalten der Kommunisten hervorgerufen ist, die Gewerkschaften durch ihre Reaktionen von innen heraus zu zersplittern. Der Deutsche Metallarbeiterverband in Stuttgart, der vor einigen Tagen dort zusammentrat, um an der kritischen Situation Stellung zu nehmen, hat einen Beschluß gefaßt, der sowohl den Haupt, als auch den Organisationsvorständen das Recht gibt, die kommunistischen Funktionäre auszuscheiden und sie sogar aus dem Verbande auszuschließen.

Wie die "Rote Fahne" mitteilt, hat der Hauptvorstand des Deutschen Bauarbeiterverbandes den Ausschluß des bisherigen Vorsitzenden der Ortsgruppe Chemnitz verfügt, der eine Reichsfraktion von Mitgliedern der Kommunistischen Partei innerhalb des Verbandes gründen wollte. Gleichzeitig sind zwei weitere kommunistische Mitglieder des Vorstandes ausgeschlossen worden. Der Reichsverbandsvorstand erklärt, daß er alle Mitglieder, die durch kommunistische oder andere Organisationen den Verband zu verlassen beabsichtigen, ausschließen werde.

Berlin, 19. Jan. Der erweiterte Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes, der zur Beschlußfassung über das Verhandlungsresultat in Berlin zusammengetreten ist, hat den in den Schachmen-Rückzug einfallenden Mitgliedern durch einstimmig gefaßten Beschluß ein Verbot erteilt, das in dem Sinne ausgesprochen ist, eine weitere Entschließung mündet sich gegen die Schriftleitung der Arbeiter der in Pöslau gebildeten Gewerkschaftsinternationale.

### Zur Förderung des Siedlungswesens.

Berlin, 18. Jan. Der Hauptausschuss des Reichstages behandelte heute beim Etat des Reichsarbeitsministeriums Wohnungs- und Siedlungsfragen. Eine Reihe von Anträgen bezüglich der Pachtordnung wurde dem Wohnungsausschuss überwiesen. Es wurde eine Entschließung angenommen, wonach in den Reichshaushaltsplan 1921 etwa 300 000 Mk. zur Förderung gemeinnütziger Siedlungsarbeit, sowie der Volksaufklärung über das Siedlungswesen eingestellt werden sollen. Angenommen wurde ferner eine von den Sozialdemokraten eingebrachte Entschließung, in den Haushalt für 1921 20 Millionen Mark einzusetzen zum Bau von Wohnungen für reichsdeutsche Flüchtlinge, für Wohnungsfürsorge, zur Förderung der Herstellung geeigneter Kleinwohnungen für Arbeiter und Beamte, sowie eine solche Fürsorge unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Bedürfnisse begründet ist. Im Ordinarium wurden 2 000 000 Mark und im außerordentlichen Haushalt zur Förderung der Bauzätigkeit durch Bewahrung von Reichsdarlehen zur Schaffung neuer Wohnungen und zur Fortsetzung angefangener Bauten 925 Millionen Mark und außerdem noch 2,1 Millionen Mark zugunsten übergeben worden, bestimmt für Vorarbeiten zur Errichtung von Bergmannswohnungen wurden 300 Millionen Mark genehmigt. Mit Einkommensfreiheit abgerechnet wurde ein Antrag Köhners (D. Sp.), zur Förderung des Wohnungswesens in den Bergwerksbezirken den Siedlungsausschuss auf die Kohlenzeile zu vergrößern. Ein Antrag Dr. Bachnicks, 60 000 Mk. für die Förderung des Siedlungswesens durch Organisation eines Erfahrungsstatistisches statistischer Erhebungen und wissenschaftlicher Arbeiten zu gewähren, wurde angenommen.

### Keine Erhöhung der Brotgetreidepreise.

Berlin, 19. Jan. Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft teilt mit: Die bereits wiederholt von unabhängiger Seite in der Öffentlichkeit hervorgerufen worden ist, einbehalten die trotz aller Demarkationen verurteilten Behauptungen von einer demnächst erfolgenden Erhöhung der Preise für Brotgetreide, Getreide und Samen der Ernte 1920 jeder Art. Nichts ist nur, das durch die Vorarbeiten der sogenannten Interkommission zur Bekämpfung der Inflation über die Veränderung der landwirtschaftlichen Produktionskosten, die als Material für eine Neuregelung der Getreidepreise der kommenden Ernte dienen sollen, bestätigt. Diese Besprechungen beziehen sich aber lediglich auf das Getreide der kommenden Ernte. Im laufenden Wirtschaftsjahre ist eine Erhöhung ausgeschlossen.







**Haushalt und Wirtschaft.**

**Eine Verteilung von Nahrungsmitteln und weissen Bohnen findet am 27. Januar in Dresden statt.** Das Rührgesetz erweist die Notwendigkeit von diesen Nahrungsmitteln.

**Wiederbelebung von Volkshilfsarbeiten**

im Bezirk der Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt. Vom Montag, den 17. Januar, ab erhalten die Kinder im 3. und 6. Lebensjahre wieder 1/2 Liter Vollmilch täglich. Die Erhöhung wird nur vorüberweise infolge Annahme der Milchlieferung angeordnet. Die Wiederbelebung der demnächstigen Monate kann nicht gewährleistet werden.

**Wiederbelebung.** Soweit es den Erzeugern und der Volkswirtschaftlich ist, haben diese die Milchlieferanten für Kinder im Alter von 3 und 6 Jahren wieder von jetzt ab mit 1/2 Liter Vollmilch zu beliefern. Die ersten Milchlieferanten sind bis spätestens Donnerstag nachmittag in graue 1/2-Liter-Porten umzutauschen.

**Ein Mitglied der früheren Ritter Kammer gestorben.** Am 21. Lebensjahre lebend, ist ein bekanntes Mitglied der ehemaligen sächsischen Ritter Kammer, der Kammerherr Alfred Georg Sahrer von Sahr auf Ehrenberg, gestorben. Der Heimgegangene gehörte seit dem 30. Januar 1900 der Kammer an, und zwar als gewählter Abgeordneter der Ritter von Ritterbürgern usw. im Leipziger Kreise. Im Landtage 1901 wurde er bereits in die Gesetzgebungsdeputation gewählt, deren stellvertretender Vorsitzender er von 1901/4 an bis zur Auflösung der Kammer infolge der Revolution war. Seine streng avarische Haltung brachte ihm die wägen Vorwürfe der Kammer gegenüber, da er von einem einmal als richtig erkannten Standpunkte nicht abging. Seine Berichtstätigkeit erwies sich als sehr mangelhaft. Bei den Kammermitgliedern erfreute er sich des größten Ansehens. Er war geboren am 20. Oktober 1851 in Dresden, Wittweier d. R. a. D., Königl. Sächsischer Kammerherr, Stiftspropst des weltlichen Prämonstratenserklosters in Weitz, Rittergut Ehrenberg bei Baldeheim. — Sein noch lebender Bruder, Kammerherr Dr. Dietrich August von Sahr von Sahr auf Dahlen, war ebenfalls Mitglied der Ritter Kammer.

**Generalleutnant a. D. Hellmuth v. Schulz †.** Am Dienstag verstarb in Dresden im Alter von 81 Jahren der Generalleutnant a. D. Hellmuth v. Schulz. Der Entschlafene hat ausserordentlich bei unerschütterlichen Tugenden gestanden. So wurde er am 18. November 1860 als Oberst zum Kommandeur des Füsilier-Regiments „Graf Roon“ (Spreussisches) Nr. 33 in Gumbinnen und am 14. Mai 1864 unter Beförderung zum Generalmajor zum Kommandeur der 2. Infanterie-Brigade in Breslau ernannt. In Anerkennung seiner Verdienste wurde er am 17. Juni 1867 als Generalleutnant zur Disposition gestellt. Er wohnte dann bis 1905 in Berlin, worauf er in demselben Jahre seinen Wohnsitz nach Dresden verlegte. Rastlos Sonnabend vorm. 10 Uhr findet die Trauerfeier im Hause Bahrenberg Straße 34 statt; die Einäscherung im Volkensitz erfolgt um 12 Uhr.

**Landtagsmehrheit für die Kommunalisierung des Lebensmittelverkaufs?** Der Prüfungsausschuss des Landtages beschäftigte sich in seiner Mittwoch-Sitzung mit einer ganzen Reihe von Petitionen, die aus den Kreisen des Lebensmittel-Handels stammten und sich gegen die bei der Realisierung bestehende Absicht der Kommunalisierung des Lebensmittelverkaufs wenden und gegen die Errichtung von Verbraucherkammern. In den Eingaben wird angeführt, dass diese Verbraucherkammern nur zu einer Behinderung des an der Lebensmittelverteilung beteiligten Handels und zu einer Verteuerung der Lebensmittel führen könnten. Von deutscher Seite wurde beantragt, diese Eingaben der Regierung zur Kenntnisnahme zu übermitteln, weil es unbedingt nötig sei, dass die Regierung über die in den beteiligten Kreisen herrschende Stimmung unterrichtet werde. Trotzdem aber wurde der Antrag mit den Stimmen der sozialistischen Mehrheit abgelehnt, so dass die Eingabe mit diesem Beschluss der sozialistischen Mehrheit des Prüfungsausschusses erledigt ist.

**Ritteilungen aus der Gesamtsitzung vom 18. Januar.** Den außerhalb Dresdens wohnenden Beamten und Angestellten, deren dienstlicher Wohnsitz Dresden ist, soll zur vorläufigen Angleichung an die für die Staatsbeamten und Angestellten geltenden Bestimmungen unbeschadet der endgültigen Regelung der Unterabteilung zwischen dem Ortsausgang ihres Wohnortes und dem Ortsausgang nach Klasse A als Vorbehalt gewahrt werden. — Der Entwurf einer Antwort auf die Anfrage der Stadtverordneten wegen Verabfolgung des Verfallens von 50000 Mk. wurde genehmigt. — Das diesjährige Stipendium für Architekten aus der Sempet-Stiftung wurde, entsprechend dem Vorschlag des Prüfungsausschusses, dem Ältesten Rudolf Biedke aus Eroschwitz bei Rammen verliehen. — Die Vorkläge des Sportauschusses für die Hundertjahrfeier der Dresdener Sparkasse am 3. Februar 1921 wurden genehmigt.

**Achtung, Oberländer!** Die Stimmanträge für die Abstimmung in Oberlesien gelangen jetzt zur Ausführung. Es ist notwendig, dass jeder Abstimmungs-

berechtigte den Stimmantrag eigenhändig unterzeichnet, was vollständig beglaubigt werden muss. Er erhält ein jeder hierzu eine schriftliche Aufforderung, an welchem Tage er sich zur Unterfertigung einzufinden hat. Das Erscheinen wird dringend zur Pflicht gemacht. Die Arbeitgeber werden gebeten, die Abstimmungsunterlagen für die Verteilung der Unterfertigung zu beurlauben und dafür Sorge zu tragen, dass jeder den Antrag unterzeichnet.

**Einigung mit den sächsischen Gemeindearbeitern.** Die Verhandlungen mit den sächsischen Gemeindearbeitern über die neuen Lohnforderungen sind zum Abschluss gekommen, und zwar auf der Grundlage, dass eine Erhöhung des Stundenlohnes um 45 Pfg. für Volljährige, um 35 Pfg. für weibliche und um 20 Pfg. für minderjährige Arbeiter in den Ortsklassen A und B eintreten soll, und dass in der Ortsklasse C die Erhöhungen 60, 40 bzw. 30 Pfg. betragen sollen.

**Zu dem Bericht über den Beileidigungsprozess mit kommunalpolitischem Einschlag,** der in Nr. 20 der „Dresdner Nachrichten“ vom 18. ds. Mts. veröffentlicht wurde, sendet uns Herr Gemeindevorstand Herr Dr. Weiser Dirsch eine Zuschrift, in der es heisst: „Der Bericht enthält eine Anzahl tatsächlicher Unwahrheiten. Ich stelle folgendes fest: 1. Der Zeuge Wäcker hat nicht behauptet, dass die sächsische Mutter „Hinterbühnen“ erlangt worden sei; dies ist auch nicht der Fall gewesen. 2. Zeuge Noth hat nicht behauptet, dass mit der Gemeindeverwaltung (Sahr) zu arbeiten und keinerlei Auskunft zu erhalten sei, sondern dass die Amtshauptmannschaft sich mit der Aufsicht im Rückstand befinde. 3. Der Schlussatz des Artikels: „Wenn der Wahrheitsbeweis als genügt angesehen werden könnte“, lässt den Schluss zu, als ob das Bericht diesen Wahrheitsbeweis als erbracht ansehe. Das ist nicht der Fall. Das Gericht hat ausdrücklich erkannt, dass keinerlei Wahrheitsbeweis erbracht ist. 4. Das Gericht hat auch nicht von „nachgewiesenen Unregelmäßigkeiten“ gesprochen, denn es liegen keine Unregelmäßigkeiten vor, und es sind mir auch keine solchen nachgewiesen worden.“

**Der Kreisauschuss zu Dresden hält Dienstag, den 23. Januar, 11 Uhr, öffentliche Sitzung ab.**

**Volkshilfsarbeiten.** Die Erlaubnisse von Ernst Köstlich werden von Freitag, den 21. Januar, auf Donnerstag, den 22. Januar, abends 1/2 Uhr, verlegt. — Sonntag, den 23. Januar: 3. Erdkundliche Wanderung in die Sächsische Schweiz: Stadionslauf nach Rastbach nach dem Elisenstein. Die Teilnehmer treffen sich 1/2 Uhr am dem genannten Ausflug auf dem Hauptbahnhof (Kuppelhalle). Teilnehmerkarten zum Preise von 3 Mk. (für Mitglieder) in der Geschäftsstelle, Neues Rathaus, Zimmer 44.

**Sarrafani.** Mit Ende dieses Monats wird aus Sarrafani schonen Han das notwendige Sanitationsprogramm verhängen. Dieses, der berühmte Schiffsarzt, ist überhaupt nur noch wenige Tage zu sehen. Am Mittwoch, den 26. Januar, nachmittags wird Direktor Stoll-Sarrafani eine Extraversammlung bei halben Preisen für Jung und alt veranstalten.

**Von einem Kranzmann überfahren wurde am Dienstag abend gegen 1/2 Uhr an der Ecke der Raupen- und Partin-Straße der in letzter Straße wohnhafte, 14 Jahre alte Knabe J. H., der schwer verletzt der Diakonissenanstalt zugeführt wurde.**

**Reihen.** Der Bezirksauschuss Reihen sprach sich grundsätzlich für den Beitritt des Bezirksverbandes in den zu gründenden Elbe-Elber-Kanal-Berein, zu der der Oberbürgermeister zu Frankfurt a. O. einladet, aus.

**Neufeldorf.** Die feierliche Einholung unserer neuen Bronzeplakette (D-Dur, etwa 250 Milligramm), die nach dem amtlichen Gutachten des Sachverständigen der Landesstelle für Kunstgewerbe ein ganz vorzügliches Gemälde ergeben dürfte, soll Mittwoch, den 23. d. M., nachmittags 1/2 Uhr von Burgwitz aus mit Vorreiter, Ehrenjungfrauen usw. unter Beteiligung der ganzen Gemeinde erfolgen. Die Begrüßungsfeier findet vor der Kirche statt. Für den Abend ist eine Versammlung vorgesehen, bei der u. a. das Gedächtnisfest „Die Gloden der Heimat“ das überaus mit großer Begeisterung aufgenommen worden ist, in örtlicher Umarmung dargeboten werden soll. Der eigentliche Festabend findet am Freitag, den 24. d. M., nachmittags 1/2 Uhr im Saal der Gemeinde statt. Auch für diesen Tag ist ein Festabend mit gleicher Vortragssfolge vorgesehen. Die bisher von der Gemeinde an den Tag gekaufte Opferfreudigkeit ist sehr groß. Nachdem eine Hausammlung Anfang 1920 bereits über 50000 Mk. erbracht hatte und man zur Deckung der noch fehlenden 25000 Mk. eigentlich nur noch einmal an die bestehenden Klassen herantreten wollte, ist nun aus der Gemeinde heraus der verständliche Wunsch rege geworden, dass man doch durch eine nochmalige allgemeine Hausammlung alle Gemeindeglieder beglücken möchte. Die Gesamtkosten sind verhältnismässig niedrig, weil die schöne D-Glocke von Frankenberg, die ebenfalls wohllingende A-Glocke von Böhlsburg angekauft werden konnte, während nur die F-Glocke neu von Bierlina, Dresden, dazu gekauft worden ist, der noch dem Urteil des Sachverständigen damit ein Meisterstück vollbracht hat.

**Beizeitkalender für heute:**  
Dresdner Orpheus: Probe, 8 Uhr.  
Meihn. Kohl. T. u. Co. Kl. S.: Mittl. Vert.

**Vorschläge für den Mittagsstich.**  
Abgebrannte Mehlsuppe; Fischlops mit Kapernsauc.

**Der Kampf um die Eingemeindungsfrage**

übertrifft sich immer mehr der Entscheidung. Am heutigen Donnerstag wird sich, wie wir bereits anfügen, der Sächsische Landtag mit der Eingemeindungsfrage befassen. Dadurch wächst der Streit um die Eingemeindung des Ritterbürgers des Innern zur zwangsweisen Eingemeindung der drei Ortsgemeinden Blasewitz, Pöschwitz und Weisser Hirsch nach Dresden über den örtlichen Rahmen weit hinaus und wird Sache des ganzen Landes. In den verschiedenen Instanzen, die sich schon mit der kritischen Frage beschäftigten, ist jetzt auch der

**Sächsische Landgemeindevorband**

getreten, der gestern, Mittwoch, mittig in einer nach dem Verordnungsamt in Blasewitz von dem Vorsitzenden Gemeindevorstand Kleindempe, Witzka, einberufenen außerordentlichen Versammlung zur Zwangsverteilung Stellung nahm und sich einstimmig zu folgender Entscheidung bekannte:

Das Ministerium des Innern hat unter Nichtberücksichtigung der einstimmigen Beschlüsse der Gemeinden Blasewitz, Pöschwitz und Weisser Hirsch, unter Nichtbeachtung des einstimmigen Wunsches des Bezirksauschusses Dresden-Neustadt und trotz des einstimmigen Gutachtens des Kreisauschusses eine zwangsweise Eingemeindung der drei Orte Blasewitz, Pöschwitz und Weisser Hirsch angeordnet. Der Verband Sächsischer Landgemeinden hat in seiner Entschliessung vom 11. Dezember 1920 darum, dass von einer solchen Maßnahme zur Wahrung des verfassungsmässigen Selbstbestimmungsrechts des Volkes und des Selbstverwaltungsrechts der Gemeinden abgesehen werden möge. Das Ministerium des Innern hat dennoch im Gegensatz zu allen Berufungen Entscheidungen die Zwangsverteilung unter Vertagung von § 7 Abs. 3 der V.-G.-O. verfügt. Der Sächsische Landgemeindevorband spricht über diese Entscheidung seine Enttäuschung aus, erachtet in der ministeriellen Entscheidung einen durch die Verhältnisse nicht gebotenen Gewaltakt und bittet den Landtag, dahin zu wirken.

dass zur Wahrung des Selbstbestimmungsrechts des Volkes und des Selbstverwaltungsrechts der Gemeinden die Vertagung des Ministeriums des Innern des § 7 Abs. 3 der V.-G.-O. verfügt. Der Sächsische Landgemeindevorband spricht über diese Entscheidung seine Enttäuschung aus, erachtet in der ministeriellen Entscheidung einen durch die Verhältnisse nicht gebotenen Gewaltakt und bittet den Landtag, dahin zu wirken.

**Der Bezirksauschuss Dresden-Neustadt**

hatte auf die Tagesordnung seiner am gestrigen Mittwoch nachmittag aberaumten öffentlichen Sitzung ebenfalls als Hauptpunkt die Eingemeindungsfrage gesetzt.

**Amtshauptmann Dr. Lempe**

leitete die Sitzung des Bezirksauschusses und die Wirkung der Eingemeindungen auf den Bezirk in folgenden Ausführungen dar:

Wir haben alle unter dem Einbrüche der ausserordentlichen und unruhigen Verhältnisse der Amtshauptmannschaft und unseres Bezirks tief einschneidenden Verordnungen des Ministeriums des Innern vom 7. Januar 1921, durch die drei auf geleistete und normalste Gemeinden, Blasewitz, Pöschwitz und Weisser Hirsch, gegen ihren eigenen Willen und entgegen der Stellungnahme des Bezirks- und des Kreisauschusses vom Bezirksverband Dresden-Neustadt losgetrennt und zwangsweise in die Grossstadterwaltung Dresden angegliedert werden. Als Vertreter des Bezirks bebauern wir tief, dass es zu diesem

**Schwerer Eingriff in das Recht der Selbstverwaltung**

der Gemeinden gekommen ist, und wir können nur annehmen, dass staatspolitische Erwägungen und Notwendigkeiten diese Entscheidung wesentlich mit beeinflusst haben. Wir beklagen auch schmerzhaft, dass der Bezirksvertretung nirgends im Wege eine Handhabe gegeben ist, um diese einschneidende Entscheidung einer Nachprüfung unterziehen zu lassen, und dass die Bezirksvertretung nach Lage des formalen Rechts leider auch nicht legitimiert ist, zugunsten der drei Gemeinden, die in jahrelangem mühen ihren Recht auf Selbstständigkeit und Selbstverwaltung verteidigt haben, irgendwelche Schritte zu unternehmen.

Auch der Bezirk mit der ihm zugehörigen Tatsache rechnen, dass ihm drei lebenswichtige Glieder dauernd verloren sein werden. Nur wer die finanziellen Wirkungen auf den Bezirk zu übersehen vermag und die Ertragsseite mit in Rechnung stellt, die Steuern in näher und weiter Ferne den Gemeinden und den Bezirksverbänden bringen werden, der vermag zu erkennen, wie ein solches Eingreifen in das Recht der Selbstverwaltung

hat und wie ungeheuer hart und schwer der Bezirksverband Dresden-Neustadt getroffen worden ist. Denn abgesehen davon, dass der 128000 Seelen zählende Bezirk durch die Wegnahme der drei Gemeinden einbüsst. Blasewitz mit 18000 Einwohnern und 7000 Hektar Fläche in seiner Einwohnerzahl um ein Siebeneltes herabgedrückt wird, geht unserm Bezirksverbande, wie auch dem Kreisbezirk und dem Bezirksverbande Dresden-Neustadt, ein Verlust von 50 Proz. ja, unter Berücksichtigung der kommenden Entwicklung weit über 50 Proz. an Steuerkraft verloren, da die drei Gemeinden in allen drei Bezirksverbänden je nachdem mit der Hälfte an dem Steuerertrommen und der Bezirksanlage beteiligt sind. Dieser

**vielfache Steuererfall**

muss künftig von den anderen Bezirksstellen und Bezirksvereinigungen mit aufgebracht werden, so dass durch die verlässige Zwangsverteilung anderer Bezirk in seiner Leistungs- und Kreditfähigkeit hart erschüttert werden ist. Diese Einbuße wird um so schwerer und für die Lebensfähigkeit des Bezirks um so bedauerlicher, als gleichzeitig die Vorortsgemeinden Blasewitz, Pöschwitz und Weisser Hirsch mit insgesamt 57641 Steuern, 10570 Einwohnern und 35000 Hektar Fläche an der Steuerkraft des Bezirks sich durch freiwilligen Anschluss an Dresden ihrer Selbstständigkeit und Beitragspflicht begeben und die Eingemeindungsverhandlungen darüber bis zum 1. April zum Abschluss zu bringen sind. Dazu kommt, dass der 4000 Einwohner zählende Ortsteil Weisser Hirsch mit rund 400 Hektar Fläche infolge Angleichung an die Stadt Dresden demnach gleichfalls aus unserem Bezirksverbande ausscheidet.

Wir können deshalb vom Standpunkte des Bezirks nur der schmerzlichen Erwartung Ausdruck geben, dass in derartigen grossartigen und lasträchtigen Weise, mit der hier die Lösung von grossen Verwaltungsproblemen versucht worden ist, der Bezirksauschuss und die Eingemeindungsfrage unter voller Berücksichtigung aller Schäden und Ausfälle herbeigeführt wird, damit nicht in der Neuorganisation des Bezirks der Gefahr aufkommen kann, dass die Grundlagen einer Grossstadt gefährdet werden.

Wenn wir aber über die engen Grenzen des Bezirks hinwegsehen, so vermögen wir vielleicht doch dieser Entscheidung, durch die die Interessen des Bezirks so hart berührt werden, noch eine freundliche Seite abzugewinnen. Ich meine, wir dürfen in ihr den ersten Willen der Regierung erblicken, endlich den Kreis theoretischer Erwägungen und Betrachtungen zu verlassen und die sie bringend notwendige

**Reform der gesamten inneren Verwaltung**

energisch in Angriff zu nehmen. Wird durch diese Entscheidung mittelbar die Frage berührt, ob und inwieweit die Amtshauptmannschaften und Bezirksverbände überhaupt noch existenzberechtigt sind, so drängt die durch die Reichsverfassung vollzogene Entwicklung zum Einheitsstaat und die dadurch bedingte Zerstückelung der einzelstaatlichen Regierungen zu reinen Landes- und Provinzialverwaltungen endlich zur Beantwortung der Frage, ob keine nicht in Sachsen die Amtshauptmannschaften oder wohl zweckmässiger die

Kreisamtsverwaltungen überflüssig geworden sind. Denn wenn wir in dem früheren sachsen sächsischen Staat in der Amtshauptmannschaft und Kreisamtsverwaltung nur zwei Mittelinstanzen befehlen, so können wir uns heute den Luxus von drei Mittelinstanzen die sich in Gestalt von Amtshauptmannschaft, Kreisamtsverwaltung und Landesverwaltung zwischen Gemeinde und zentraler Reichsregierung einschleichen, erst recht nicht leisten, wenn unter gleichem Land nicht weniger umständlicher, schwerfälliger und vor allem spezifischer als früher verwaltet werden soll. Dies gilt es endlich zu erkennen und daraus die Folgen zu ziehen. Wirkliche Selbstverwaltung ist nicht denkbar ohne den Gehalt von Behörden. So ist die Verordnungsgebung des Ministeriums des Innern in der Tat eine Entscheidung von der weittragenden Bedeutung.

In der Aussprache erklärten die Ausschussmitglieder Ramm (Soj.) und Wäcker (Unabh.) ihr Unverständnis zu den Ausführungen des Amtshauptmanns. Ramm erklärte, dass er sich gegen die Eingemeindung ausgesprochen habe, weil er die Eingemeindung überhaupt nicht von der Amtshauptmannschaft abzuheben sieht. Amtshauptmann Dr. Lempe stellte zum Schluss fest, dass der Bezirksauschuss grundsätzlich mit seinen Ausführungen übereinstimmt.











Familiennachrichten

Die Verlobung unserer kleinen Tochter THEA mit Herrn Kaufmann FRITZ COPPERT, Leutnant d. R. a. D., zeigen wir hierdurch an.

Meine Verlobung mit Fräulein THEA BERNHARDT beziehe ich mich anzuzeigen.

Fritz Coppers.

Dresden-A., Julius-Otto-Strasse 12. Im Januar 1921.

Am 16. Januar, 3 Tage nach seinem 55. Geburtstag, verschied nach kurzer, schwerer Krankheit

Generalmajor a. D. Heinrich v. Zeschau

Komtur des K. S. Reichsordens. Als Leutnant, Oberleutnant und später als Bataillons-Kommandeur war der Verstorbene Angehöriger unseres Regiments.

Im Namen des Sächs. Offiziers-Vereins „2. Grenadiere“ v. Seydlitz-Gersdorff, Generalmajor a. D.

Es hat Gott dem Herrn gefallen, meines hochgeliebten Mann, meinen herzensguten Vater, unsern bewundernden Schwiegervater, Großvater, Schwager und Onkel

Generalleutnant a. D. Hellmuth von Schult

nach längerem Leiden am 12. Januar 1921 zu sich zu ruhen. Dresden, Bayreuther Str. 34, Erdg.

Statt Karten.

Surdgedächtnis vom Grabe unserer teuren Entschlafenen, danken wir allen hierdurch von Herzen für die überaus große Teilnahme, den herrlichen Blumenreigen und das ehrenvolle Geleit zur letzten Ruhe.

Sächsische Familiennachrichten.

Schwarz: Oberleutnant Dr. Heinrich Albert, Dresden, 1. April 1921. Dresden, 1. April 1921.

Gold-Markt

Zum Einkauf eines bill. schönen Granatringes sucht ehemaliger Silberarbeiter

Kapitalisten.

Das Gut hat vorzüglichen Boden, 100000 M. an Holz, 100000 M. an Ackerland

45000 Mark

zum Verkauf 47. Grundstücke am Gröben. Gute Lage, in best. Wohnungsverhältnisse

60000 M. auf 1. Hypoth.

an Verrentungsfähigen, 100000 M. an Verrentungsfähigen

Auszuweisen:

10000 M., 20000 M., 30000 M., 40000 M., 50000 M., 60000 M.

200000 Mark

zum Kauf 100000 M. an Grundstücken, 100000 M. an Grundstücken

Ausichtsreiche Bankfirma

mit 100000 M. an Kapital, 100000 M. an Kapital, 100000 M. an Kapital

Stellen-Markt

Gehalt per sofort zu vereinbaren. Schafmeißler.

Hober Verdienst

für Dreingehilfen und Privat-Maurer, Dresden 1, Gohlisstr. 2.

Vertreter gesucht

zum Verkauf von Marmeladen, Obst- und Gemüse-Konserven, Frucht-Säfte u. Obst-Weine etc.

Existenz.

Größt. Existenz nicht selbstbetrieben. Service über 100000 M.

Versandstelle

als. Dies mit hunderttausend jährlich geführten. Es werden in noch 100000 M. an Waren

Kommissionär

der über Magazine verfügt, wird gesucht von einer leistungsfähigen, bestrenommierten ungarischen Textilfabrik

Lehrling

für Kantor, Lager und Verkauf einer Mehl-, Futter- und Getreidehandlung gegen monatliche Vergütung

Damen

besseren Standes wird ein hoher Nebenbedient durch Betrieb eines polnischen

Wirtschafterin

erfahren in kleinerer Gaststätte, 10000 M. an Kapital

Wirtschafterin

erfahren in kleinen, Wirtschaft, 10000 M. an Kapital

Gebl. Wirtschafterin

in mittleren Jahren, ohne Anhang, in frauenl. Wirtschaft

Wirtschafterin oder Stütze

für kleine, Gaststätte u. Garten, 10000 M. an Kapital

Wirtschafterinnen

erfahren in kleineren Wirtschaften, 10000 M. an Kapital

1. Hausmädchen

oder Wirtschaftsmädchen, 10000 M. an Kapital

Stubenmädchen

mit guten Kenntnissen, 10000 M. an Kapital

Stubenmädchen

mit guten Kenntnissen, 10000 M. an Kapital

Verwalter

für ein großes, schönes, handverarbeitetes, leistungsfähiges

Stütze

oder 1. Stütze, 10000 M. an Kapital

Wohnungen

Statt Zwangs-Einquartierung.

5-Zimmer-Wohnung

mit Küche und event. Mädchenkammer, in Gohlis, Blauenh.

Wohnungstausch

Magdeburg-Dresden.

Mein Wohnungs-Meider

Willibald Hartmann, Leipzig.

Grundstücke

Gut, 10-120 Scheffel groß, zu kaufen gesucht.

Gasthof

oder Restaurant, 10000 M. an Kapital

Landgasthof

mit 10000 M. an Kapital, 10000 M. an Kapital

Gut in Thüringen

10-120 Scheffel groß, zu kaufen gesucht.

Landhaus Lengnick

Rathenow, 10000 M. an Kapital

Wirtschafterhaus

Dr. Friedrichstadt, 10000 M. an Kapital

Neueres

solides Wohnhaus, 10000 M. an Kapital

Kostenreier

Billen, Zinsänderer, 10000 M. an Kapital

Neg. Neubauer

Dresden, Gohlisstr. 12.

Speisezimmer

10000 M. an Kapital

Neue Militär-Hosen

Mäntel, Anzüge, 10000 M. an Kapital

Klyso

10000 M. an Kapital

Verwandl. M. Thierfelder

Dresden, Gohlisstr. 12.

Zuchtbullen-Verkauf

Einige Zuchtbullen, 10000 M. an Kapital

Odenburger Kuhkalb

10000 M. an Kapital

18 gute Arbeitspferde

10000 M. an Kapital

Ein Fuchs

10000 M. an Kapital

Wagenpferde

10000 M. an Kapital

Dogge

10000 M. an Kapital

Modernen Halbländner

10000 M. an Kapital

Lastkraftwagen

10000 M. an Kapital

Tafelschlitten

10000 M. an Kapital

10 Ztr. Heu

10000 M. an Kapital

Erich Wagner

Dresden, Gohlisstr. 12.

Chemische Remontedepots

Kathreuth u. Gahl.

Pferde-Verleihung

10000 M. an Kapital

Fuhr- u. Transport-Gesellschaft

m. b. H. „Friederking“

Dresden, Turnerweg 2 u. 3. Tel. 14492

Schimmel-Mallache

10000 M. an Kapital

Milchvieh-Berkauf

10000 M. an Kapital

Autos!

10000 M. an Kapital

10000 M. an Kapital

10000 M. an Kapital

10000 M. an Kapital

10000 M. an Kapital

10000 M. an Kapital

10000 M. an Kapital

10000 M. an Kapital

10000 M. an Kapital

10000 M. an Kapital

10000 M. an Kapital

10000 M. an Kapital

10000 M. an Kapital

10000 M. an Kapital

10000 M. an Kapital

Seite 7



junger hochtragender Rinde und Kalben.

10000 M. an Kapital

10000 M. an Kapital

10000 M. an Kapital

10000 M. an Kapital

10000 M. an Kapital

10000 M. an Kapital

10000 M. an Kapital

10000 M. an Kapital

10000 M. an Kapital



